

OBERSICHT

AUSSENPOLITIK

WESTEUROPA

(1) Westeuropas militärische Modernisierung

Die westeuropäischen Nationen würden angesichts der sowjetischen Bedrohung die Modernisierung ihrer Armeen vorantreiben. Die chinesische Nachrichtenagentur erwähnt in diesem Zusammenhang den NATO-Beschluß vom Dezember 1979 über die Stationierung zusätzlicher Mittelstreckenraketen. Ferner wird die deutsche Militärhilfe an Griechenland, die Türkei und Portugal sowie die Zusammenarbeit in der Erstellung von Waffensystemen zwischen Deutschland und Frankreich genannt (XNA, 15.3.80).

-ma-

res stimmte der britische Verteidigungsminister Francis Pym mit der chinesischen Ansicht überein, daß die Hauptgefahr für die Stabilität der Welt von der Sowjetunion ausginge. Dies gelte für "die Luft, das Land und die See". Der Besuch sollte offiziell der Stärkung der bilateralen britisch-chinesischen Beziehungen, dem Austausch von Ansichten zu internationalen Problemen und der Sondierung der Liefermöglichkeiten militärischen Geräts dienen. Großbritannien ist u.a. bereit, bis zu 100 Kampfflugzeuge an China zu verkaufen. Die chinesische Seite zögert jedoch noch angesichts der hohen Stückkosten von 6 Mio.US\$ (SWB, 28.3.80).

-ma-

(2) EG-ASEAN Kooperation

China hat das Treffen der EG- und ASEAN- Außenminister im März 1980 als Fortschritt in der antisowjetischen Zusammenarbeit gewertet. Ein Bericht der RMRB vom 15.3.1980 weist insbesondere auf die negative sowjetische Reaktion hin. "Moskaus Haltung gegenüber dem Treffen der EG- und ASEAN-Außenminister zeigt, daß es keine Mühe scheut, diese Art der Einheit zu sabotieren." Peking fügt hinzu, daß die Zusammenarbeit beider Organisationen trotz der negativen sowjetischen Reaktionen weitergehen wird.

-ma-

(3) Frankreichs Nahostpolitik

China unterstützt den Vorstoß des französischen Präsidenten Giscard d'Estaing zur Verbesserung der arabisch-europäischen Beziehungen. Der Besuch wird als Gradmesser eines gewachsenen Interesses der Europäer an der Lösung der Nahostprobleme gewertet. Eine solche Entwicklung sei angesichts der sowjetischen Expansionsbemühungen um das Golfgebiet ein konstruktiver Schritt zur Sicherung der Interessen Europas und der arabischen Länder (XNA, 11.3.80).

-ma-

(4) Britischer Verteidigungsminister in China

Während seines Chinabesuchs im März dieses Jah-

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(5) Ist die Sowjetunion sozialistisch?

Zum ersten Mal seit mehr als zwanzig Jahren hat eine Gruppe chinesischer Intellektueller "die Sowjetunion als ein wirklich sozialistisches Land" anerkannt. Die Abkehr vom "Revisionismusvorwurf" erfolgte während eines nationalen Symposiums über sowjetische Gegenwartsliteratur im September 1979. Die Teilnehmer verurteilten "einstimmig den sowjetischen Hegemonismus und Expansionismus", wollten jedoch eine Trennlinie zwischen der sowjetischen Innen- und Außenpolitik ziehen. Der Inhalt des Symposiums wurde erst im März 1980 durch ein Literaturmagazin der nordostchinesischen Grenzprovinz Heilongjiang veröffentlicht. Danach "sind die meisten Genossen der Meinung gewesen, daß die Sowjetunion im Innern im großen und ganzen eine sozialistische Nation sei, die sich seit den Tagen Stalins nicht wesentlich geändert habe". Die Zeitschrift erwähnte jedoch, daß eine "Minderheit der Teilnehmer sich geweigert hat, die sowjetische Innen- und Außenpolitik zu unterscheiden" (Tanjug, 31.3.80). Sollte sich die Position einer Unterscheidung nach innen- und außenpolitischem Verhalten als offiziell erweisen, stände einer zukünftigen Annäherung nur noch die Vietnamfrage als wesentliches Hindernis im Weg (vgl. C.a., Dez.1979, Ü 2).

-ma-

(6) Weitere Grenzverkehrsverhandlungen mit der UdSSR

Im Februar-März 1980 traf sich die chinesische und sowjetische gemeinsame Kommission für Grenzflußnavigation zu ihrem 22. Treffen in Heihe, Provinz Heilongjiang. Gesprächsthema des Treffens waren Fragen des Schiffsverkehrs auf dem Heilongjiang und Wusuli-Fluß (Amur und Ussuri). Die Konferenz erzielte eine Einigung hinsichtlich einiger nicht ausgeführter Punkte. Die 23. Sitzung soll vereinbarungsgemäß wieder in der Sowjetunion abgehalten werden. Ein Termin wurde noch nicht festgelegt (XNA, 20.3.80).
-ma-

LATEINAMERIKA

(7) Kuba

Laut eines Artikels der RMRB vom 6.3.1980 wird der karibische Raum zu einer neuen Krisenzone wegen des gemeinsamen expansiven Vorgehens der Sowjetunion und Kubas. "Während der letzten zwanzig Jahre hat die Sowjetunion viel Mühe darauf verwandt, Kuba in einen Brückenkopf zur Infiltration und Subversion der westlichen Hemisphäre zu verwandeln". Insbesondere während der letzten Zeit hätten die kubanischen Geheimdienst- und Subversionsaktivitäten in verschiedenen instabilen Ländern der Region an Intensität zugenommen.
-ma-

(8) El Salvador

Die RMRB verurteilte in einem Artikel vom 29.3.1980 die Ermordung des salvadorianischen Erzbischofs Oscar Romero als "einen verwerflichen Akt". Nach Ansicht des Artikels sei der Erzbischof "ein berühmter salvadorianischer Progressiver" gewesen, den "das ganze Land hoch geschätzt" hätte. Die Zeitung warnt angesichts der Unruhen im Gefolge des Mordes vor Kuba und der Sowjetunion, ohne jedoch die beiden Staaten namentlich zu nennen. "Einige ausländische Kräfte, die keine Mühe scheuen, in Lateinamerika durch ihren Statthalter Unruhe zu erzeugen, werden den Mord ausnutzen, um ihre Infiltration zu erhöhen. Man muß sehr wachsam sein."
-ma-

AFRIKA UND NAHOST

(9) Nordafrika

Im März dieses Jahres machte die stellvertretende chinesische Ministerpräsidentin Chen Muhua einen Besuch in Marokko und Tunesien. Frau Chen ist Spezialistin für wirtschaftliche

Zusammenarbeit. Während der Gespräche standen neben wirtschaftlichen Fragen auch das Nahostproblem, die Afghanistanfrage und die Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent im Mittelpunkt (XNA, 20.3.80).

-ma-

(10) Mobutu in China

Im März 1980 hielt sich der Staatspräsident des afrikanischen Staates Zaire, Mobutu Sese Seko, zu einem längeren Staatsbesuch in der VR China auf. Mobutu wurde von allen wesentlichen Führern Chinas empfangen. Die Lage in Afrika und die beiderseitige Zusammenarbeit standen im Mittelpunkt des dritten Besuchs seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten. Im Anschluß an die Pekinger Gespräche reiste Mobutu durch verschiedene chinesische Provinzen. Als konkretes Ergebnis des Besuchs ist vor allem eine Vertragsunterzeichnung zu erwähnen, wonach Zaire Kupfer und Kobalt an China verkaufen werde. Erste Lieferungen waren bereits 1979 erfolgt (XNA, 24.3.80 und SWB, 27.3.80).

-ma-

(11) Zimbabwe

Die RMRB vom 6.3.80 warnt den neugegründeten Staat Zimbabwe anlässlich seiner Unabhängigkeit vor der Sowjetunion. "Die Supermacht, die sich in die Angelegenheiten Zimbabwes einmischte, ist unglücklich über das Londoner Abkommen und die neue Regierung von Zimbabwe... Wenn es Schwierigkeiten des Volkes von Zimbabwe auf dem Weg nach vorn gibt, wird sie die Gelegenheit nutzen, Ränke zu schmieden, um die Lage in Zimbabwe zu verwirren, damit sie im Trüben fischen kann."

-ma-

(12) PLO für neue arabische Front gegen Israel

Am 30.3.1980 meldete die chinesische Nachrichtenagentur XNA, daß die PLO dem algerischen Vorstoß zur Bildung einer neuen Front Syriens, Jordaniens, des Iraks und der PLO gegen Israel zustimme. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß von chinesischer Seite ausschließlich die Nachricht wiedergegeben wird, ohne daß ein Kommentar erfolgt und ohne daß die Rolle Ägyptens erwähnt wird.

-ma-

(13) Israel

Die RMRB vom 11.3.1980 dementierte offiziell Behauptungen, nach denen eine chinesische Touristendelegation mit 48 Mitgliedern Israel besuchen würde, um die Städte Jerusalem, Hebron und das Tote Meer zu besichtigen. Die Zeitung weist darauf hin, daß der damalige Außenmini-

ster Dayan bereits vor einem Jahr gesagt hätte, Israel wäre bereit, mit China diplomatische Beziehungen aufzunehmen, und entsprechende Schritte wären in einigen Ländern bereits unternommen worden. Beide Male hätte Israel diese "Gerüchte erfunden". Es wolle damit die Einigkeit zwischen dem palästinensischen und dem chinesischen Volk stören. China rechne daher auch in Zukunft mit ähnlichen Gerüchten.

-ma-

ASIEN

(14) Huang Hua-Tour durch Südostasien

Der Besuch des chinesischen Außenministers Huang Hua vom 11.-17.März 1980 in den südostasiatischen Staaten Malaysia, Singapur und den Philippinen war nur bedingt erfolgreich. Trotz der Bedrohung der ASEAN-Staaten durch Vietnam und die Sowjetunion - so die Ansicht von Radio Djakarta - erreichte China sein Ziel nicht. Huang konnte einen Besuch Khieu Samphans in Manila nicht durchsetzen. In Malaysia steht immer noch das Problem der chinesischen Unterstützung kommunistischer Guerillas an der Grenze zu Thailand im Weg. Ähnliches gilt für Singapur. Huang selbst weigerte sich, die Unterstützungsfrage offen zu diskutieren. Nächsten Monat plant Vietnam, seinen Außenminister Nguyen Co Thach nach Malaysia zu senden. Nach indonesischer Ansicht wird dessen Besuch ebenso "konterproduktiv" sein wie der Besuch Huang Huas (SWB, 22.3.80).

-ma-

(15) Afghanistan

Nach chinesischer Ansicht hat die Sowjetunion große Schwierigkeiten, "die anderen Mitglieder der 'sozialistischen Gemeinschaft' dazu zu bringen, 'ihre internationalistische Pflicht' zu erfüllen". Die Sowjetunion übe daher massiven Druck auf diese Staaten aus, "damit sie das sowjetische Vorgehen in Afghanistan unterstützen, ebenso wie die weltweite Expansion" (XNA, 18.3.80).

In diesem Zusammenhang hat der chinesische Ministerpräsident und Parteichef Hua Guofeng eine stärkere Zusammenarbeit aller Länder, insbesondere der Dritten Welt, gefordert, um die weitere Expansion der Sowjetunion aufzuhalten. "In ihrer Bemühung, Europa von der Flanke her zu fassen, einzukreisen und schließlich zu übernehmen, hat die Sowjetunion den afrikanischen Kontinent, der über reiche Naturschätze verfügt und eine wichtige strategische Lage einnimmt, seit langem als Beuteobjekt angesehen." (XNA, 24.3.80)

-ma-

(16) Khieu Samphan-Besuch in China

Während des Monats März hielt sich der Ministerpräsident Kampuchreas, Khieu Samphan, zu einem mehrwöchigen Besuch in China und Nordkorea auf. Khieu wurde von allen wichtigen chinesischen Führern empfangen. Die chinesische Regierung hat damit ihrer Politik der alleinigen offiziellen Unterstützung der Khmer-Rouge-Führung als legitimer Regierung Kampuchreas eindeutig Ausdruck verliehen. Sowohl in China als auch in Nordkorea hätten die Regierungen "ihre feste Unterstützung für den gerechten Kampf des kampucheanischen Volkes zugesagt". Nach offizieller Verlautbarung hätte in allen Gesprächspunkten vollständige Einheit der Ansichten bestanden. Der Besuch wird daher "große Auswirkungen auf die internationale Arena" haben. Das politische Programm der PDFGUK, das die Verfassung des Demokratischen Kampuchea als Leitlinie abgelöst hat, sieht eine Koalition aller antivietnamesischen Kräfte unter Führung Khieu Samphans vor, um "den Kampf gegen die vietnamesische Aggression zu organisieren".

Die Reaktion der durch Vietnam eingesetzten Regierung in Phnom Penh auf den Besuch Khieu Samphans war: "Dieser Besuch dient nur dazu, die Entrüstung der Welt über die Völkermordverbrechen seiner Clique abzuschwächen. Die politische Leiche Pol Pots ist als Khieu Samphan verkleidet, und es tun sich verschiedene reaktionäre Banden im Exil zusammen, einschließlich Sihanouks, um so Chinas feindliche Politik gegenüber Kampuchea fortzusetzen... Pol Pot hält immer noch den Marschallstab, und seine Herren sind die Großmachtchauvinisten in Peking" (SWB, Radio Phnom Penh, 19.3.80). Von chinesischer Seite wird dem entgegengehalten: "Es muß verwirrend sein, daß diese sogenannten Banditen nicht nur der Vernichtung durch die mehr als 200.000 Mann starken vietnamesischen Truppen entgangen sind, sondern daß die Führer des Demokratischen Kampuchea, von denen sie behauptet haben, es existiere nicht mehr, aus dem Dschungel spazierten, um einen Besuch im Ausland zu machen. Das bedeutet sicher einen schweren Gesichtsverlust für die Führung in Hanoi" (SWB, 22.3.80).

-ma-

(17) Pakistan

Während eines Besuchs einer chinesischen Militärdelegation unter Leitung des stellvertretenden Verteidigungsministers Xiao Ke in Pakistan stellten beide Seiten "das Verhältnis zwischen unseren großen Ländern als ein Modell der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Nationen" heraus. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die sowjetische Invasion in Afghanistan und die veränderte Situation Pakistans. Xiao: "Wir sehen uns derselben Aufgabe gegenüber, den Hegemonismus abzuwehren und der ausländischen Aggression zu widerstehen." (XNA, 16.3.80)

-ma-

(18) Vietnam

Laut Aussage des Pekinger Rundfunks "haben die Sowjets Vietnam von den Amerikanern übernommen" und gäben dem Land "einen neokolonialistischen Anstrich". Gegenwärtig seien rd. 8.000 Mann sowjetischen Personals in Vietnam. Ferner hätte die Sowjetunion wichtige Luft- und Seebasen, wie Cam Ranh Bay, Da Nang, Bien Hoa und Tan Son Nhut, übernommen. Von März bis November 1979 seien "mehr als 200 Frachter, 12 waffenbeladene Schiffe und 70 Tanker in vietnamesische Häfen eingelaufen". Der Wert der sowjetischen Lieferungen habe gegenwärtig 2,5 Mio. US\$ pro Tag erreicht. "Das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und Vietnam ist wie das zwischen einem großen und einem kleinen Hegemonisten, zwischen einem Herrn und einem Lakai." (SWB, 27.3.80).
-ma-

INNENPOLITIK**(19) Die KPCh fürchtet um ihre Führungsrolle**

Die KPCh fürchtet offenbar um ihre Führungsrolle. Dies ist aus einer Reihe von politischen und propagandistischen Maßnahmen ablesbar, die teilweise erst im 1. Vierteljahr des Jahres 1980 getroffen wurden:

1. Die Entmaofizierung wird nun doch nicht schonungslos erfolgen. Von insgesamt 6.000 in die Fälle von Lin Biao und der "Viererbande" verwickelten Funktionären sollen lediglich circa 100 abgeurteilt werden (Zhengming, Nr. 30, 1.4.80, S. 32; C.a., Januar 1980, 0 24). Der Rest soll anscheinend lediglich parteiintern diszipliniert und beruflich degradiert werden. Die KPCh-Führung befürchtet offenbar, daß eine schonungslose Durchleuchtung aller Parteifunktionäre nach Missetaten und Fehlern der Vergangenheit und eine schonungslose Bestrafung aller Schuldigen ein Ausmaß erreichen würde, das erneut die Parteispitze betreffen könnte (z.B. auch den Parteivorsitzenden Hua Guofeng und einen seiner Stellvertreter, Li Xiannian, die beide in der Vergangenheit an Beschlüssen mitwirkten, für die sie heute politisch verdammt würden) und erneut Unruhe in die Partei brächte. Die KPCh befürchtet aber vor allem, daß ein solches Vorgehen der Partei noch mehr Mißkredit unter der Bevölkerung einbringen würde, da die Aufdeckung weiterer Fehler von Parteikadern eine negative Haltung gegenüber der Partei unter dem nicht-intellektuellen Teil der Bevölkerung nur noch bestätigen würde (die Reaktion der aufgeklärten Intelligenz dürfte freilich genau umgekehrt sein). In einem solchen Fall dürfte die Führungsrolle der KPCh noch schwieriger zu legitimieren sein.

2. Die Propagierung des Prinzips, daß der Fachmann den Laien führen und die Leitung der fach-

lichen Arbeit übernehmen solle, wurde merklich gedämpft. Die KPCh befürchtet offenbar, daß eine zu starke Propagierung dieses Slogans zu einer zu starken Zurückdrängung des Parteieinflusses in den Wirtschaftsunternehmen und Wissenschaftsbetrieben führen wird.

3. Im gleichen Zusammenhang wurde auch die Propagierung der ideologischen Zauberformeln "die Wahrheit in den Tatsachen suchen" und "die Praxis ist das einzige Kriterium für die Wahrheit" zurückgeschraubt, da die gegenwärtige Praxis zeigt, daß sehr viele Parteifunktionäre von ihrer Qualifikation her gar nicht in der Lage sind, Leitungsfunktionen adäquat wahrzunehmen und eigentlich abgelöst werden müßten.

4. Die im letzten Jahr in aller Öffentlichkeit durchgeführte Kampagne zum Kampf gegen die Privilegierung von Funktionären wurde den Schlagzeilen der Massenmedien entzogen und wird nun hauptsächlich innerhalb der Partei unter begrenzter Teilnahme der Öffentlichkeit durchgeführt. Offenbar hatte die schonungslose Kritik an den Privilegien in aller Öffentlichkeit das vor allem während der Kulturrevolution geprägte negative Bild der KPCh unter der Bevölkerung noch verstärkt.

5. Propagierung und Inangriffnahme der fachlichen Aus- und Weiterbildung der KP- Funktionäre, um diese für Führungsaufgaben in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Technik zu qualifizieren.

6. Aufnahme von Intellektuellen, Wissenschaftlern und Fachleuten in die KPCh, um durch eine Verbindung von fachlicher und politischer Qualifikation die Führungsrolle der Partei in allen Bereichen der Gesellschaft real legitimieren zu können. So wurden beispielsweise in der Provinz Guizhou im Jahre 1979 insgesamt 1.916 Intellektuelle in die KPCh aufgenommen, die 15,4% der mehr als 12.400 neuen Parteimitglieder ausmachen (Radio Guihe, 14.3.80, nach SWB, 28.3.80).

Auch in seiner politischen Grundsatzerede vom 16. Januar 1980 hat Chinas stellvertretender Ministerpräsident und stellvertretende KPCh-Vorsitzende Deng Xiaoping die Frage aufgeworfen, wie denn die KPCh angesichts des ehrgeizigen Modernisierungsprogramms ihre Führungsrolle bewahren könne, wenn ihre Mitglieder von ihrer fachlichen Qualifikation her gar nicht in der Lage seien. Der Ausweg aus dieser heiklen Problematik liegt nach Dengs Meinung in der Aus- und Weiterbildung der Parteimitglieder auf wirtschaftlichem, technischem, wissenschaftlichem und juristischem Gebiet. Zusammen mit der bereits feststellbaren Tendenz der zunehmenden Aufnahme von Fachleuten, Wissenschaftlern und Technokraten in die Partei könnte dies darauf hinauslaufen, daß die Kommunistische Partei Chinas sich zukünftig selbst zu einer technokratischen Eliteorganisation entwickelt. Bei Fortsetzung des gegenwärtig gültigen Kurses - und hieran ist nicht zu zweifeln - scheint diese Parteikonzeption auch der einzig denkbare Aus-